Bezirksparteitag und Arbeiterjugend

Der Bezirksparteitag der KPD Sachsen stellte in den Mittelpunkt seiner Arbeiten die weitere Verbesserung der Tätigkeit und Beseitigung aller Mängel und Schwächen zur Durchführung der Generallinie der Partei, nämlich zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, d. h. gleichzeitig herangehen an jene Schicht des Proletariats, an das Jungproletariat, von dem die Beschlüsse des Weddinger Parteitages sagen:

„Die Millionen Jungarbeiter und -arbeiterinnen spielen im proletarischen Klassenkampf eine immer größere Rolle. Das Klassenbewußtsein und die Aktivität der jugendlichen Arbeiter ist in Verbindung mit der allgemeinen Linksbewegung im Wachsen begriffen. Die Organiziertheit unter den Jungarbeitern ist noch sehr gering. Die Jungarbeiter im Alter von 14 bis 18 Jahren haben kein Wahlrecht zu den Betriebsräten. Von 18 bis 24 Jahren sind sie nicht wählbar. Die Taktik der sozialimperialistischen Gewerkschaftsbürokratie unter den Jungarbeitern strebt die Verhinderung der Herausbildung einer einheitlichen Kampffront mit den erwachsenen Arbeitern an. Sie erzieht die Jugend in besonderen Jugendsektionen im Geist des Wirtschaftsfriedens."

Das, was der 12. Parteitag im vorigen Jahre feststellte, hat mit jedem Monat der fortschreitenden kapitalistischen Rationalisierung an Bedeutung gewonnen. In den verschiedenen Industriegebieten Sachsens ist dies besonders stark hervorgetreten. Der Bericht zum sächsischen Bezirksparteitag enthält über die unerhörte Ausbeutung Jugendlicher in der Textilindustrie, wo ein überaus großer Prozentsatz Jugendlicher beschäftigt ist, folgendes:

„Bei Wanting in Zittau erhalten die jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren 8 bis 9 RM, von 16 bis 18 Jahren 10 bis 12 RM die Woche bei 46stündiger Arbeitszeit. Im Sachsenkonzern in Chemnitz erhalten die Jungarbeiterinnen bei 48stündiger Arbeitszeit einen Wochenlohn von 14 bis 18 RM. Teilweise werden sie mit Wochenlöhnen von 2 bis 3 RM nach Hause geschickt. Dabei steigt die Ausbeutung. Es wird immer mehr Bedienung von Stühlen und Spindeln verlangt. Wo früher ein Weber 4 Stühle bediente, bedient er jetzt 8 bis 12 Stühle. In den Spinnereien steigt die Zahl der Spindeln, die zu bedienen sind, von 800 auf 1200 bis 1500."

Der gesteigerten Ausbeutung in den Textilbetrieben stehen die Unternehmer der Metallindustrie, in den Glashütten, sowie in den Dresdner Tabakbetrieben in nichts nach. Für die Bekräftigung der Feststellung über die wachsende Kampfkraft und Aktivität der jungen Arbeiter nur ein Beispiel: Vor wenigen Wochen mußten die Arbeiter der Deutschen Werkstätten Hellerau sich zur Wehr setzen, um die Auszahlung ihres Lohnes zu erreichen. Mit allen Stimmen der dort beschäftigten Jungarbeiter wurde der Streik beschlossen. Einen Tag später setzte sich die Gewerkschaftsbürokratie in Bewegung. In einer zweiten Abstimmung wurde den Jungarbeitern unter 18 Jahren das Recht, abstimmen zu dürfen, von den Bonzen verweigert. Dadurch kam für den Streik keine Mehrheit mehr zustande.

Dieses Beispiel zeigt uns nicht nur die wachsende Kampfbereitschaft der Jungarbeiter, die, wie hier, sehr oft für die Auslösung eines Kampfes ausschlaggebend ist, sondern wir sehen gleichzeitig den Versuch der Gewerkschaftsbürokratie, die Massen des Jungproletariats von jeder Aktion der Arbeiterklasse auszuschalten. Im Betrieb ist daher das Haupttätigkeitsfeld der KPD und der revolutionären Gewerkschaftsopposition, um mit dem Kommunistischen Jugendverband diese am schlechtestbezahlten Schichten einzureihen in die revolutionäre Kampffront mit den erwachsenen Arbeitern. Das ist ein praktischer Schritt vorwärts zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Dieser Schritt ist um so wichtiger, da heute noch große Teile der Arbeiterjugend unter dem Einfluß des „linken" Sozialfaschismus stehen. Mehr denn je versucht die SAJ mit revolutionären Phrasen unter solchen Parolen wie: „Kampf gegen den imperialistischen Krieg", „Gegen kapitalistische Nationalisierung" usw. ehrliche Jungarbeiter für sich zu gewinnen und sie aufzuhetzen gegen die Sowjetunion und den Kommunistischen Jugendverband. Durch die gesteigerte Hetze, die insbesondere nach dem Reichsjugendtag in Leipzig, der ein gewaltiger Erfolg für den KJVD ist, einsetzte, wird versucht, die Jungarbeiter abzuhalten vom Kampf um die wirtschaftlichen Forderungen der Jugend im Betrieb.

Einzelne Jungarbeiter der SAJ haben den wirklichen Zweck der „linken" Phrasen bereits erkannt und nach dem Jugendtag mit dem Uebertritt zum Kommunistischen Jugendverband geantwortet. So erfolgte z. B. in Auerbach bei Falkenstein der Uebertritt von 9 Jungbannermitgliedern in den Kommunistischen Jugendverband. Von der SAJ traten in Leipzig 10 zu uns über. Ferner erfolgten noch Uebertritte einzelner SAJ-Mitglieder in Dresden, Zittau und Plauen. Durch eine systematische Arbeit ist es möglich, hier weiter vorzustoßen. Der Reichsjugendtag in Leipzig hat das Vertrauen weiter Kreise indifferenter Jungarbeiter, vor allem der jungen Sportler, zum Kommunistischen Jugendverband verstärkt.

Der Bezirksparteitag der KPD, Sachsen, hat der Arbeiterjugend die Bedeutung beigemessen, die ihr zukommen muß. Das fand seinen Ausdruck in der kritischen Behandlung der Arbeit unter den Jungarbeitern und in den Beschlüssen des Bezirksparteitages, um die vorhandenen Schwächen und Mängel abzustellen. Mit Unterstützung der Gesamtpartei, insbesondere der untersten Organisationseinheiten bei Entfaltung der größten Energie durch die KJV-Mitglieder wird und muß es gelingen, die noch vorhandene Abgeschlossenheit des Jugendverbandes von der Jugend in den Großbetrieben zu beseitigen. **Den Jugendverband zur Jugendorganisation der Großbetriebe zu machen, das ist gleichzeitig eine wichtige Aufgabe zur Mobilisierung der Jugend gegen den imperialistischen Krieg. Dadurch wird der Schwur der Hunderttausend in Leipzig zur Verteidigung der Sowjetunion in weitere Kreise der Arbeiterjugend getragen.**

Pioniere rüsten zum Slot!

Die Pioniere des JSB Guben (N.-L.) stellen sich zum Ziel die Entsendung von 20 Arbeiterkindern zum 2. Slot, dem Welttreffen aller Arbeiter- und Bauernkinder in Halle. Sie haben bereits 12 Pioniere verpflichtet und schon 40 Mark gesammelt.

Ein frecher Raubplan

Reichsausschuß HAW fordert 1600 Millionen jährlich für Hausbesitzer — Neue Steuern und weiterer Abbau der Sozialausgaben als „Gegenangebot" — Dieser Raubplan wird „Mietzinssteuerreform" benannt

Berlin, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Am 21. Mai veranstaltete der „Reichsausschuß für Reform der Hauszinssteuer, für Kapitalbildung und Wohnungswesen" einen Presseempfang im Haus der Presse, bei welcher Gelegenheit dieser famose Reichsausschuß ein schamloses Programm für die Wohnungsspekulanten entwickelte. Die Herrschaften fordern, daß den Hausbesitzern die Mietzinssteuer restlos überlassen wird. Auf diese Weise schätzen sie 1600 Millionen zu verdienen. Damit soll auch eine „Angleichung" der Alt- und Neubaumieten verbunden werden und — so erklären diese „Volksbeglücker" zynisch — die Gemeinden können durch Senkung der Wohlfahrtsausgaben und neue Steuern den Ausfall an Mitteln ausgleichen.

Dieser freche Vorstoß kommt nicht von ungefähr. Der Reichsausschuß erklärt heuchlerisch, politisch „neutral" zu sein. Diese Herrschaften wollen sogar den Arbeitern einreden, daß ihre Wohnungsnot damit behoben sei und daß gleichzeitig, weil 1600 Mark der Zinsbetrag von ca. 40 Milliarden Mark sei, sie große Kapitalsummen für den „Wirtschaftsaufbau" mobilisieren könnten. Es ist ganz klar, daß hinter diesem Plan die Großbanken stehen. Die Herren Goldschmidt, Wassermann und Emil Kiesdorf, Hitlers Freund, sie planen einen gewaltigen Raubzug auf die Taschen der Werktätigen und werden versuchen, den ganzen Wohnungsmarkt zu monopolisieren. Durch die heuchlerischen Erklärungen in der Pressebesprechung sollen auch die kleinen Hausbesitzer geködert werden. Wir wollen aber schon jetzt darauf hin, daß sie, falls dieser Plan gelingen sollte, in keiner Weise gebessert sind, im Gegenteil, dem wird eine solche Last aufgebürdet, daß er wie heute schon als Prellbock der großen Räuber gegen die werktätigen Mieter mißbraucht wird.

Die Arbeiter und Arbeiterfrauen müssen wachsam sein, sie müssen sich der KPD anschließen, um den Kampf gegen die immer frecher vorstoßenden Ausbeuter aufnehmen zu können.

10 Quadratmeter zum Wohnen, Schlafen und Kochen

Ein Notschrei aus dem Meißen der linkssozialdemokratischen Mehrheit / Amtliche Dokumente klagen an

(Von einem Meißner Arbeiter)

Ich bin seit 24. August 1929 verheiratet und wohne mit meiner Ehefrau bei meinen Schwiegereltern in Meißen. Ich und meine Ehefrau leben in einem kleinen Küchenraum, der zum schlafen, kochen, sowie zum täglichen Aufenthalt dient. Der Küchenraum ist feucht und über und über mit Schimmelpilzen bedeckt.

Seit September vorigen Jahres führe ich einen verzweifelten Kampf um einen gesunden Wohnraum, aber nichts wurde vom Stadtrat Meißen unternommen.

Trotzdem alle gesundheitlichen Instanzen sich für eine neue Wohnung einsetzten, wurde mir die Zuweisung von 1 oder 2 Zimmern ständig abgelehnt. Seit August vorigen Jahres (4 Wochen Arbeitsfähigkeit im November) bin ich arbeitsunfähig erkrankt. Ich lag im August bis zum 4. November an schwerer doppelseitiger Lungenentzündung darnieder. Durch die schwere Erkrankung wurde das Herz in Mitleidenschaft gezogen, und deshalb mußte ich mich wieder am 6. Dezember 1929 in ärztliche Behandlung begeben.

Ich wurde sofort wieder arbeitsunfähig geschrieben und bin bis heute noch arbeitsunfähig.

Von der Landesversicherungsanstalt soll ein Heilverfahren durchgeführt werden. Die ärztlichen Zeugnisse und Gutachten der Landesversicherungsanstalt Sachsen sowie des staatlichen Bezirksarztes von Meißen, Regierungs-Medizinalrat Dr. Krahn, lege ich in Abschrift zur Veröffentlichung bei. Aus den Zeugnissen ist zu ersehen, daß ich schwer herz- und lungenkrank bin.

In Dresden steht die Eröffnung des Hygiene-Rummels bevor, wo der Polizeipräsident Kühn Arbeiterdemonstrationen verboten hat, für Vergebung von Wohnungen an erkrankte tuberkulöse Menschen gibt es keine Hilfe. Ich bitte über diesen Fall einen Artikel zu schreiben.

Anm. d. Red.: Ein Artikel braucht zu diesem Fall nicht geschrieben zu werden. Wir lassen nur die amtlichen Dokumente folgen. Sie lauten:

Dr. med. Avenarius, prakt. Arzt und Chirurg.

Meißen, Dresdner Str. 10. — M. 30. 12. 1929.

Herr Johannes Lämmer bewohnt mit seiner Ehefrau Robert-Kraitz-Str. 6 S. eine kleine Küche, in der er mit seiner Frau auch schlafen muß. Der Raum ist feucht, wie auch durch das Wohnungsamt festgestellt worden ist. Herr L. selbst ist schwer herzkrank und soll ein Heilverfahren Kur machen. Letzteres ist sinnlos und würde seinen Zweck verfehlen, wenn der Kranke wieder in die feuchte Küche zurück muß. Ich empfehle dringend im Interesse der Gesundheit des Herrn L., ihm eine hygienisch einwandfreie Wohnung zuzuweisen.

Derselbe Arzt schreibt dem Kranken am 25. Februar 1930 in einem ärztlichen Zeugnis folgendes:

„Herr Johannes Lämmer von hier steht seit dem 6. 12. 29 wegen Herzerkrankung und Lungenstarrh in meiner Behandlung. Sowohl die klinische wie die röntgenologische Untersuchung der Lungen macht einen tuberkulösen Prozeß sehr wahrscheinlich. Ein Heilverfahren ist bereits deshalb eingeleitet.

Und auch die Landesversicherungsanstalt Sachsen stellt dasselbe fest. Sie gibt nicht gern Geld für nutzlose Sachen aus. Also fordert sie eine gesunde Wohnung für den Kranken, damit die Kur nicht in Frage gestellt wird. Sie schreibt am 6. 3. 1930:

„Für Johannes Bruno Lämmer aus Meißen, der vom 27. 2. bis 3. 3. 1930 zur Beobachtung in hiesiger Beobachtungsstelle untergebracht war, wird dringend die Beschaffung einer gesunden Wohnung befürwortet. Die Untersuchung ergab noch die Reste einer entzündlichen Lungenaffektion mit sekundärer Schädigung des Herzmuskels. Die Uebernahme eines Heilverfahrens ist in Aussicht genommen. Es muß aber als zwecklos bezeichnet werden, Geldaufwendungen für Kuren zu machen, wenn nachher durch unhygienische Wohnung der Erfolg wieder in Frage gestellt wird. Schon der zuweisende Arzt, der die Wohnung persönlich kennen dürfte, hat ausdrücklich hervorgehoben, daß die Behandlung des Herrn Lämmer durch die Beschaffenheit der Wohnung sehr erschwert sei. Es läge daher im Interesse der LVA., wenn diese Schwierigkeiten sich beheben lassen würden, damit bei Herrn Lämmer ein wirklicher Dauererfolg erzielt werden kann."

Es bleibt aber nicht nur dabei. Auch der Meißner Bezirksarzt Dr. Krahn stellt den Antrag, Beschaffung einer Wohnung. Er schreibt:

„Meißen, den 26. 2. 1930

Dem Rat der Stadt Meißen

werden die anliegenden Schriftstücke nochmals mit folgender Auslassung überreicht:

Die Wohnung des L. ist am 20. Februar 1930 vom Bezirksarzt besichtigt worden. Sie besteht aus einem etwa 10 Quadratmeter großen Küchenraum, der L. und seiner Frau zum Wohnen, Schlafen und Kochen dient. Der Raum besitzt zwei Fenster, die auf eine in zwei Meter Entfernung stehende senkrechte Hauswand führen und weder direktes Tageslicht noch Sonnenstrahlen eindringen lassen. Die Außenwände des Raumes sind bis zu einer Höhe von etwa einem Meter mit dickem Schimmel- und Pilzrasen bedeckt.

L. ist, wie sich aus den beiliegenden ärztlichen Zeugnissen des Dr. med. Avenarius ergibt, herz- und lungenkrank.

Die Wohnung des L. muß der geschilderten Verhältnisse wegen als in hohem Maße gesundheitsschädlich bezeichnet werden. Es wird deshalb die Zuweisung einer anderen Wohnung für L. beantragt. Um Erfolgnachricht wird ersucht.

Regierungs-Medizinalrat."
gez. Dr. Kahn

Aber — alles bleibt beim alten. Und in Dresden ist Hygieneausstellung. Hier ist die Praxis!

Die „notleidenden" Unternehmer

Carl Lindström AG Berlin gibt bekannt, daß sie in diesem Jahr wieder 20 Prozent Dividende verteilt.

Scherring-Kahlbaum, Chemiebetrieb Berlin, verteilt 15 Prozent Dividende.

Zur Konferenz werktätiger Frauen!

„Von der Politik soll die Frau die Hand lassen!"

Diese Worte des hochfeudalen Grafen v. Posadowsky sind gewissermaßen der Leitgedanke, der die Abteilung

„Die Frau als Gattin und Mutter" im neueröffneten Hygienemuseum in Dresden

durchzieht. Wir sehen da eine ganze Reihe von Tatsachen aneinandergereiht, Statistiken, die zum Teil sogar der Wirklichkeit nahekommen, die aber absolut keinen Sinn haben, weil weder die Ursachen aufgezeigt werden, noch Wege zu einer besseren Zukunft. Eine bürgerliche Ausstellung kann das nicht, obgleich dieser Mangel von einigen Leitern selbst empfunden wird; denn der Wissenschaft sind heute von den Interessen des Unternehmertums beide Hände gebunden. Im Zeitalter der angeblichen Gleichberechtigung der Frau ist der Satz des Herrn v. Posadowsky immer noch Leitmotiv bürgerlichen und reformistischen Denkens. Von Posadowsky befindet sich in der guten Gesellschaft des Herrn Kummer vom Metallarbeiterverbandsvorstand. Wohl wird uns in dieser Ausstellung gesagt, daß es in Deutschland jetzt etwa 11,5 Millionen werktätiger Frauen gibt, davon mehr als vier Millionen im Ehestand, auch wird zaghaft zugegeben, daß im Jahre 1924 in 10 Berliner Großbetrieben bei 7940 beschäftigten Arbeiterinnen 370 Lebendgeburten verzeichnet wurden, gleichzeitig aber

464 Fehlgeburten!

Nicht gesagt aber wird, wo die Ursache dieser schlechten Verhältnisse liegt, im Gegenteil wird den Besuchern vorgelogen, daß in der Verfassung genügender Schutz für die schwangeren Frauen verankert sei! Wo werden in der Praxis des Lebens im rationalisierten Arbeitsprozeß diese selbst schlechten Bestimmungen durchgeführt, wie lauten die Berichte aus dem Annaberger und anderen Textilbezirken? Ist es nicht ein blutiger Hohn, auf einem Plakat festzustellen, daß zu starke berufliche Inanspruchnahme Mutter und Kind schädige und gleichzeitig im Ausstellungsgelände selbst

im Verkaufsstand der Drema Arbeiterinnen pro Tag 12 Stunden schuften für einen Lohn von 55 Pf. für die Arbeitsstunde?

Hören wir, was man euch Arbeiterinnen gegen die Beschwerden der Wechseljahre empfiehlt? Da seien wir auf einem anderen Plakat, die Frau müsse viel Gemüse und Obst essen, baden und schwimmen, nicht zu starken (!) Kaffee trinken, gymnastische Turnübungen durchführen. Woher soll die Arbeiterfrau Geld und Zeit zu all diesen schönen Anweisungen wohl nehmen? Hat sie die Möglichkeit, auch nur eine dieser Anweisungen zu Herzen zu nehmen? Wir glauben es nicht, abgesehen vom Kaffee; denn der wird schon von ganz allein im Arbeiterhaushalt nicht zum Umfallen stark.

„Vorsicht bei Entfettungskuren! Sorge für gute Laune!"

In diesem Stile erdreistet sich die Museumsleitung an die doch zumeist proletarischen Besucherinnen heranzutreten. Herr Prof. Vogel scheint es noch nicht zu wissen, daß von Margarine und zumeist fleischloser Kost der Bauchumfang nicht zunimmt. Er und seine Mitarbeiter sind noch nicht erwerbslos gewesen, um zu wissen, daß die „gute Laune" einem sehr schnell vergehen kann, wenn man mit leerem Magen den „Verkehr" mit den Beamten von der Bläke oder dem Arbeitsamt „pflegen" muß. Die Propaganda für die Ehe darf angesichts der rapid abnehmenden Geburtenzahlen natürlich nicht fehlen. Hier wird sie geführt unter dem Motto:

Verheiratete leben länger als Unverheiratete!

Der im Wochenbett befindlichen Frau gilt die Mahnung: „Stehe erst am Ende der ersten Woche auf!", und

Stillen und Ruhe sind die beste Medizin!

Wer aber pflegt die arbeitende Frau im Wochenbett? Wo sind, wie in der Sowjetunion, die Heime für die werktätigen Mütter? Wer nimmt ihnen in Deutschland die Sorge um die älteren Kinder und den Mann, um den Haushalt? Zwingen in Deutschland die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gerade im Gegensatz zu diesen phrasenhaften Ermahnungen die Arbeitermütter, sofort nach der Niederkunft wieder ihre Arbeitsstätte aufzusuchen und so doppelte Lasten auf sich zu nehmen? Auf diese unglaubliche Verhöhnung kann es nur eine Antwort geben:

Nun erst recht Politik!

Seite an Seite mit den männlichen Klassengenossen muß die werktätige Frau im Befreiungskampf stehen. Die beste Antwort aller werktätigen Frauen auf diesen frechen Hygieneausstellungsschwindel ist der Ruf:

Heraus zu der Konferenz der werktätigen Frauen am 25. Mai!